

# ZEIT FÜR DIE WENDE.

Aufbruch in eine neue Industriepolitik. Aktiver  
Sozialstaat – Transformation in Krisenzeiten

Resolution zum  
Themenrat 2022

**SPÖ**

## » Einleitung

Unsere **Wirtschaft** bildet **gemeinsam** mit den **Beschäftigten** und den **Verbraucher\*innen** die **Grundlage** für unseren **Wohlstand**. Die Industrie ist – gemeinsam mit mittelständischen und kleinen sowie kleinsten Unternehmen – eine tragende Säule unserer Wirtschaft und wesentlich für den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt. Österreichs Wirtschafts- und Industriestandort steht nicht nur aktuell durch die hohen Energiepreise vor einer Herausforderung, sondern muss in den kommenden Jahren große **Zukunftsaufgaben** bewältigen. Die größte Aufgabe neben der **Digitalisierung** ist die **ökologische Transformation** hin zu **erneuerbaren Energien**, um die Klimaziele zu erreichen. Dabei kommt der Industrie eine zentrale Rolle zu. Dass dieser Umstieg auf eine nachhaltige Produktion in den nächsten zehn Jahren **sozial verträglich** gelingt, ist für uns alle von entscheidender Bedeutung. „Just Transition“ soll den Transformationsprozess so begleiten, dass sowohl Wirtschaft als auch Arbeitnehmer\*innen von der Transformation profitieren. Dabei geht es darum, qualitativ hochwertige Jobs zu schaffen, die soziale Absicherung zu garantieren und den Lebensstandard zu verbessern.

Eine **moderne Industriepolitik** lenkt die **Wertschöpfung** in Zukunftsbranchen, hilft heimischen Unternehmen, auch in Zukunft in wichtigen Marktnischen **Marktführerschaft** zu erringen oder zu behalten, und schafft neue Industriecluster, die in Zukunft **hochwertige Arbeitsplätze** ins Land bringen.

## » Unabhängigkeit, Sicherheit und Leistbarkeit gemeinsam schaffen

Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam an einem Strang ziehen. Es braucht ein gemeinsames Verständnis, um diese Aufgabe zu meistern. Es soll und muss das Ziel eines **aktiven, modernen Staates** sein, den Wandel nicht nur zu kommentieren und zu administrieren, sondern diese **Transformation** in Richtung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems zu **lenken** und auch **kraftvolle Impulse** für neue Technologien zu setzen. Dazu braucht es eine **neue Wirtschafts- und Industriepolitik**. Eine Politik der Kooperation mit einem aktiven und entschlossenen Staat, der den Anspruch hat, Verantwortung zu übernehmen und Impulsgeber zu sein. Ein aktiver Staat, der ökonomische Entwicklung und ökologische und soziale Verantwortung zusammendenkt.

All das schafft nicht nur neue Arbeitsplätze, es erfordert vor allem zusätzliche Arbeitskräfte. Für die Energiewende brauchen wir zehntausende Techniker\*innen, also vor allem Elektriker\*innen, Installateur\*innen, Mechatroniker\*innen usw. Die **Energiewende** bringt **enorme Wertschöpfung** und ist ein **Jobmotor** für geschätzt 100.000 zusätzliche Arbeitskräfte, die es derzeit am Arbeitsmarkt noch gar nicht gibt. Hier braucht Österreich rasch eine kluge Ausbildungsoffensive, die von einem aktiven Sozialstaat koordiniert wird. Mit einer Wertschöpfung von 200 Milliarden Euro und 700.000 Arbeitsplätzen ist die Industrie ein wichtiger Grundpfeiler unseres Wohlstandes. Daher gilt es, den Industriestandort Österreich nicht nur abzusichern, sondern zu stärken – um dafür zu sorgen, dass diese Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in Österreich bleiben. Es muss unser Anspruch sein, Österreich in einigen **Zukunftsbranchen** zum **Welttechnologieführer** zu machen. Wir wollen **mehr Innovation, mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr hochwertige Arbeitsplätze** und **mehr ökologische Nachhaltigkeit**.

Es geht aber auch darum, die **aktuelle Krise** bei den **Energiepreisen** zu **lösen** – auch hier kommt dem aktiven Staat eine wesentliche Aufgabe zu. Die Politik kann nicht zulassen, dass die wirtschaftliche und industrielle Substanz Österreichs aufgrund nicht mehr leistbarer Energiepreise wegbricht. Wenn dieses Problem nicht sofort und entschlossen bekämpft wird, droht eine Deindustrialisierung ungeahnten Ausmaßes und damit ein Verlust von hunderttausenden Arbeitsplätzen. Deshalb darf der Staat hier nicht in der Zuschauerrolle verharren, sondern muss aktiv neue Rahmenbedingungen setzen.

Um die Ziele von mehr Unabhängigkeit, Sicherheit und Leistbarkeit – insbesondere in der Energiefrage – zu erreichen, muss in Österreich dringend an den großen Rädern gedreht werden. Der **Plan der SPÖ** für eine **neue Industriepolitik** in Österreich umfasst folgende Maßnahmen:

## 1. Energiewende gemeinsam schaffen: Transformation unter einem Dach mit klarem Auftrag und Ziel – Der Energiewendefonds

Die Dekarbonisierung, die Pariser Klimaziele, die Digitalisierung und der demografische Wandel erfordern eine grundlegende Transformation der Wirtschaft, die historische Ausmaße hat. Hinzu kommt, dass Österreich derzeit alle Klimaziele verfehlt und Milliarden an Strafzahlungen drohen. Die Transformation im Energiebereich könnte die Strafzahlungen abwenden und schafft darüber hinaus die notwendige Unabhängigkeit vom Ausland. Die **Energiewende** muss von einem aktiven Sozialstaat, der mit der Wirtschaft kooperiert, begleitet und unterstützt werden. Nur dann können **Arbeitsplätze der Zukunft** geschaffen und der Wandel ohne soziale Verwerfungen gestaltet werden. Unternehmen, die aufgrund von viel zu hohen Energiekosten die Produktion einstellen müssen, werden keine neuen Arbeitsplätze schaffen können. Unternehmen, die Forschung und Entwicklung nicht in Österreich, sondern in anderen Ländern forcieren, werden in Österreich keine neuen Arbeitsplätze schaffen. **Forschungscluster**, die nicht in Österreich, sondern im Ausland entstehen, schaffen keine Arbeitsplätze. Unternehmen, die Arzneimittel oder Batterien für E-Autos in anderen Ländern produzieren, werden in Österreich keine Arbeitsplätze schaffen. Eine Schwächung der industriellen Basis in Österreich würde sich aber in der gesamten Wertschöpfungskette – von den Vorprodukten bis zum Würstelstand vor den großen Produktionsstätten – massiv bemerkbar machen. Kurzum: Wie hoch die Arbeitslosigkeit in Österreich in zehn Jahren sein wird, wie viele zusätzliche Arbeitsplätze in dieser Zeit geschaffen werden können, wird davon abhängen, ob in den nächsten Jahren die **richtigen Investitionsentscheidungen** getroffen werden und wie ein aktiver Sozialstaat diese Transformation gestaltet und begleitet.

Um die Transformation zu gestalten, wird mehr Geld allein nicht reichen. Man muss es in die **richtigen Bahnen lenken** und das gelingt ohne aktive Steuerung nicht. Die Fehler der Corona-Hilfen sollten in der Zukunft nicht wiederholt werden. Kein Unternehmen der Welt würde auf die Idee kommen, den Erfolg eines Projekts daran zu messen, wieviel Geld man hineingesteckt

hat. Bei den Corona-Hilfen hatte Österreich in den Pandemie Jahren die höchsten Ausgaben und war gleichzeitig beim Wirtschaftswachstum im EU-Vergleich an vorvorletzter Stelle. Die aktive Gestaltung und Begleitung der wirtschaftlichen Transformation in den nächsten zehn Jahren wird Milliarden kosten und gerade deswegen müssen die Mittel aus Steuergeld besonders effizient eingesetzt werden. Wir wollen einen **Energiewendefonds unter dem Dach der ÖBAG** schaffen, der die öffentlichen Investitionen steuert.

Die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG) verwaltet derzeit als Aktiengesellschaft zehn staatliche Beteiligungen der Republik Österreich mit einem gesamten Portfoliowert von 33,13 Milliarden Euro (Stichtag: 30.6.2022).

Der Auftrag der ÖBAG ist im Gesetz festgeschrieben und umfasst neben der Sicherung des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Österreich auch die Wertsteigerung der Beteiligungsgesellschaften. Das beinhaltet den Übernahmeschutz ebenso wie die Möglichkeit, standortrelevante Unternehmen durch Minderheitsbeteiligungen, Finanzierungen oder Garantien zu unterstützen. Konkret sieht das ÖBAG-Gesetz vor, „Minderheitsbeteiligung an für den Standort relevanten Unternehmen einzugehen...“. Letztlich wird dieses Prinzip aber nicht gelebt.

Die **ÖBAG** muss daher in Zukunft zu einer **aktiven staatlichen Beteiligungs- und Energiewendeholding umgebaut** werden.

Der **neue Energiewendefonds** soll mit **20 Milliarden Euro ausgestattet** werden. Damit die Mittel klug und effizient eingesetzt werden, muss zunächst ein **Energiewendefondsgesetz** erarbeitet werden – es benötigt einen klaren gesetzlichen Auftrag, der genau bestimmt, mit welchen (Förder-)Mitteln welche Ziele erreicht werden sollen. Dabei gilt es aber auch, wichtige regulatorische Maßnahmen zu setzen. Dazu zählt eine radikale **Vermeidung von Energieverschwendung** etwa durch ein wirksames Energieeffizienzgesetz sowie der **Abbau von Hindernissen beim Ökostromausbau**. Dabei sollen auch **bürokratische Hürden** etwa bei **Photovoltaikförderungen, Netzausbau und Genehmigungsverfahren beseitigt** werden. Insbesondere müssen **UVP-Verfahren** signifikant **verkürzt** werden. Die **Übergewinne** bei Energie- und Mineralölkonzernen sind **abzuschöpfen**. 50 Prozent der Einnahmen sollen für die Energiewende und damit für den Energiewendefonds zweckgewidmet werden. Die anderen 50 Prozent der Einnahmen sollen an die Haushalte zurückfließen.

Der Energiewendefonds soll einen eigenen Beirat erhalten, der mit den wesentlichen Stakeholdern aus Regierung, Parlament, Sozialpartnern, Universitäten, Energieunternehmen sowie Expert\*innen besetzt wird. Der Beirat soll sich unter Federführung der Sozialpartner auch mit den Fragen der „Just Transition“ befassen und diese Aspekte – wie betriebliche Mitbestimmungsfragen – bei der Vergabe von Förderungen bzw. Entscheidungen über Unternehmensbeteiligungen mitberücksichtigen. Es braucht einen nationalen Schulterschluss, der parteipolitische Scheuklappen ablegt und die Energiewendefrage als Überlebensfrage für die österreichische Industrie und Wirtschaft versteht. Der **Energiewendefonds** wird der **parlamentarischen Kontrolle** unterworfen.

Die neue Beteiligungs- und Energiewendeholding hat folgende Zukunftsaufgaben wahrzunehmen:

## » **Strategische Beteiligungen an Unternehmen im Bereich der Energiewende**

Die Bundesrepublik Deutschland macht es vor. Ein mit 170 Milliarden Euro dotierter Fonds soll es dem Staat auch erlauben, sich an Unternehmen zu beteiligen, die ein klimafreundliches Wirtschaften massiv voranbringen können, die aber Schwierigkeiten haben, diese Mittel selbst aufzubringen. Man darf nicht vergessen, dass viele klimarelevante Investitionen teilweise mit hohem Risiko behaftet sind und hohe Investitionsvolumina erfordern. Angesichts steigender Zinsen keine leichte Aufgabe für viele Unternehmen. Es herrscht Unsicherheit über künftige ökonomische Gewinne, weil letztlich nicht klar ist, welche Technologien sich mittelfristig durchsetzen werden. Hier muss der Staat einspringen. Kurzfristig mit **Beteiligungen an temporären LNG-Terminals**, um die Versorgung mit Gas in den nächsten Jahren sicherzustellen. Langfristig mit **Beteiligungen an Unternehmen** – das können Leitbetriebe, aber auch Start-Ups sein –, die vielversprechende Ideen zur **Reduktion von Treibhausgasen** verfolgen. Durch dieses Modell ist sichergestellt, dass die Steuerzahler\*innen auch von künftigen Erträgen profitieren und Gewinne aus der Transformation nicht zu 100 Prozent in private Hände fließen.

## » **Stärkung und Förderung von neuen Forschungsclustern in Kooperation mit Universitäten und Wirtschaft**

An den **Universitäten** wird wichtige **Grundlagenforschung** betrieben, deren **ausreichende Finanzierung** auch in Zukunft sichergestellt werden muss. Gleichzeitig gilt es aber auch in wichtigen Zukunftsbranchen bestehende Kooperationsvereinbarungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken und neue Forschungscluster zu schaffen. Für die Erforschung von neuen **Speichertechnologien**, Nutzung von **Wasserstoff** und andere klima- und transformationsrelevante **Forschung und Entwicklung** sollen in Zukunft mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden. Dabei können und sollen die österreichischen **Universitäten** auch neue **Kooperationsvereinbarungen** mit den weltweit führenden **forschenden** und produzierenden **Unternehmen** eingehen. Unterstützt werden diese Kooperationen durch **Forschungsbeteiligungen** aus dem Energiewendefonds. Diese institutionelle Einbettung sorgt für eine klare Anwendungsorientierung.

## » **Schaffung einer strategischen Rohstoffreserve für die Rohstoffe der Zukunft**

Angesichts der aktuellen Energiekrise hat der Staat kurzfristig mit dem Ankauf und der Einspeicherung einer sogenannten strategischen Gasreserve reagiert. Für die nächste Krise sollte man sich allerdings rechtzeitig vorbereiten, denn das Gas von morgen sind jene **Rohstoffe**, die für die **Produktion** von **erneuerbaren Energien** unabdingbar sind. Dazu zählen Lithium, Nickel, Kobalt, Mangan, Graphit, Vanadium, Kupfer, Aluminium, seltene Erden sowie notwendige Energieträger wie z.B. Wasserstoff und Biomethan.

Es besteht schon derzeit eine hohe Abhängigkeit von bestimmten Rohstoffen, die mit steigender Elektrifizierung noch zunehmen wird. Während der Covid-19-Krise wurde deutlich, wie angreifbar die europäische Wirtschaft durch gestörte oder unterbrochene Lieferketten ist. Dazu kommt, dass es derzeit zu einem weltweiten Anstieg der Nachfrage nach diesen wichtigen Rohstoffen kommt. Der „Inflation Reduction Act“ von Joe Biden soll auch in den USA zu einer großflächigen Transformation der

Wirtschaft in Richtung mehr Klimaneutralität führen – verbunden mit einer entsprechend hohen Nachfrage.

Die Europäische Union muss daher ihre Anstrengungen zur **Sicherung strategischer Rohstoffe** auf dem **Weltmarkt** intensivieren und dauerhaft belastbare Lieferbeziehungen mit Drittstaaten schaffen. Dabei sollen – idealerweise, aber nicht notwendigerweise, eingebettet in ein EU-weites Vorgehen – bedarfsorientiert bestimmte Grundmengen an kritischen Rohstoffen mit öffentlichen Mitteln beschafft werden, um das **Preis- und Versorgungsrisiko** zu **verringern**.

Dies gilt auch für die Versorgung mit den alternativen Energieträgern Wasserstoff und Biomethan. Selbst in den optimistischsten Szenarien kann sich Österreich nicht mit Wasserstoff und Biomethan selbst versorgen, weshalb auch in diesen Bereichen eine tragfähige Versorgung aus unterschiedlichen Quellen gesichert werden sollte.

## » Aufbau eines Rohstoff-Recycling-Systems – Erneuerbare Rohstoffe „Made in Austria“

Die **Abhängigkeit** von kritischen Rohstoffen wird durch eine verstärkte **zirkuläre Ressourcennutzung**, **nachhaltige Produkte** und **Innovation reduziert**. Gerade im Angesicht der Abhängigkeit von Rohstoffen aus Drittländern ist der sorgsame Umgang damit besonders geboten und auch bisher nicht wirtschaftliches Recycling durch begleitende regulatorische Maßnahmen (z.B. **Mindestrückgewinnungsquoten** und **Mindestzyklatgehalte**) zu verstärken. Je besser es gelingt, bestimmte Rohstoffe im Produktkreislauf zu halten, desto widerstandsfähiger erweist sich die Produktion in Europa.

Insbesondere bei der energieintensiven Produktion von Stahl und Beton, bei der auch prozessbedingt hohe CO<sup>2</sup>-Emissionen entstehen, bietet die **Kreislaufwirtschaft** einen **Mehrfachnutzen**, weil **Primärrohstoffe** und **Energie eingespart** werden können. So kann Stahlschrott einen wichtigen Beitrag bei der Elektrifizierung und somit zunehmender Dekarbonisierung der Stahlerzeugung leisten. Wie wichtig Recycling von Rohstoffen ist, zeigt sich am Beispiel Aluminium, denn recyceltes Aluminium braucht nur 5 Prozent der Energiemenge, die man für die erstmalige Herstellung benötigt. Bereits jetzt werden rund 80 Prozent des Aluminiums

wiederverwertet. Österreich soll durch entsprechende regulatorische Vorgaben sowie Beteiligungen bzw. Förderungen an Unternehmen, die sich auf moderne Rohstoff-Recycling-Systeme spezialisieren, zum **Vorreiter beim Rohstoffrecycling** werden.

## » Bildung und Ausbildung als Motor für die Energiewende

Für die Energiewende wird es zehntausende Techniker\*innen wie Elektriker\*innen, Installateur\*innen und Mechatroniker\*innen mehr brauchen. Eine ähnlich große Herausforderung gibt es wohl nur in der Pflege. Ohne breite öffentlich unterstützte **Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme** wird die Transformation nicht zu schaffen sein. Es ist Aufgabe eines aktiven Sozialstaates, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass **genügend Ausbildungsplätze** für die Arbeitsplätze der Zukunft zur Verfügung stehen und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass diese Berufe für junge sowie ältere **arbeitende Menschen** auch wirklich attraktiv sind. Letztlich ist das auch eine Frage der ökonomischen Vernunft, denn es gibt nichts Teureres für eine Gesellschaft als Arbeitslosigkeit. Eine weitere Aufgabe des **Energiewendefonds** wird es daher sein, in **Kooperation** mit dem **AMS** und der **Wirtschaft** ein **Fachkräfteausbildungsprogramm** aufzusetzen. Dazu sollen sowohl Um- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen innerhalb von Unternehmen unterstützt sowie Menschen raus aus der Arbeitslosigkeit und rein in die Zukunftsbranchen gebracht werden.

## » Energieautonome Gemeinden

Beim Klimaschutz sollte der Staat mit gutem Beispiel vorausgehen. Es gibt knapp 90.000 Gebäude, die im öffentlichen Eigentum stehen. Viele davon sind schon in die Jahre gekommen. Eine generalstabmäßige Sanierung dieser Gebäude würde nicht nur zehntausende Arbeitsplätze schaffen. Man könnte dadurch auch im großen Stil Energie sparen, was mittelfristig allen Steuerzahler\*innen sowie der Umwelt zugutekommt. Energie würde für andere Bereiche frei werden, die Klimaziele könnten so leichter erreicht werden. Gebäude sind für rund zehn Prozent aller CO<sup>2</sup>-Emissionen verantwortlich. Eine **energetische Sanierung** des Gesamtbestands an **öffentlichen Gebäuden** ist daher kein unerheblicher Beitrag zum **Klimaschutz**. In vielen Gemeinden gibt es



zwar oft ausreichend Freiflächen, um in erneuerbare Energiegewinnung in Form von **Photovoltaik** oder **Windkraftanlagen** zu investieren, leider fehlt es den Gemeinden aber oft an den dafür nötigen finanziellen Mitteln und die Verfahren sind oftmals sehr kompliziert. Neben den notwendigen Änderungen bei den regulatorischen Rahmenbedingungen soll es Aufgabe des Energiewendefonds sein, ein Programm für **energieautonome Gemeinden** aufzusetzen. Im Rahmen dessen sollen Gemeinden, die in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren und Energieverschwendung reduzieren, mit **Zuschüssen** **unterstützt** werden.

## 2. Der aktive Sozialstaat als strategischer Investor und Garant für beste Daseinsvorsorge

Auf internationaler Ebene hat auch die Covid-19-Pandemie gezeigt, dass staatliche Beteiligungen den Weiterbestand von an sich wettbewerbsfähigen Unternehmen sichern, an denen die öffentliche Hand ein besonderes Interesse hat. Das kann für die Republik Österreich ein Instrument sein, um standortpolitische Ziele umsetzen zu können. Ein internationales Beispiel dafür ist die Beteiligung der Republik Deutschland am Flugunternehmen Lufthansa. Über dieses temporäre Krisenkapital als sinnvolle Alternative zu klassischen Förderungen hinaus muss es die Aufgabe des aktiven Staates sein, in besonderen **Schlüsselbereichen** der Infrastruktur und **Daseinsvorsorge** die **Versorgungssicherheit** für die Bevölkerung zu **gewährleisten**.

### » Sicherung kritischer Infrastruktur

Nicht nur bei der Liberalisierung des Strommarktes wurden schwere wirtschaftspolitische Fehler gemacht. Der aktuell drohende Verkaufsprozess rund um die Handymasten der Telekom Austria zeigt, wie schnell man durch verfehlte Wirtschaftspolitik wichtige Infrastruktur aus den österreichischen Händen geben kann. Im Bereich der Infrastruktur sind Abhängigkeiten vom Ausland bzw. von großen internationalen Konzernen sicherlich ein Irrweg. Die Frage der **Qualität der Infrastruktur** – vom Stromnetz bis zur Internetleitung – ist eine zentrale **Standortfrage** für die **Zukunft** und muss unter

**österreichischer Kontrolle** bleiben. Wir können uns bei Investitionen in diesen wichtigen Bereichen nicht in Abhängigkeiten begeben, sodass wir diese Entscheidungen nicht mehr selbst treffen können. Die Frage, was dabei unter systemkritische Infrastruktur fällt, ist aus unserer Sicht sehr breit gefasst. Auch die Produktion von kritischen Arzneimitteln (etwa die Penicillin-Produktion in Kundl/Tirol) sollte in heimischer Hand bleiben bzw. sollten Anstrengungen unternommen werden, dass Betriebe in Österreich nicht nur an Wirkstoffen forschen, sondern diese auch in Österreich produzieren. Der Aufbau dieser neuen Produktionskapazitäten in Österreich kann im Einklang mit dem EU-Beihilfenrecht unter dem Titel „Schaffung strategischer Wertschöpfungsketten“ ermöglicht werden. Dies kann etwa dadurch erreicht werden, dass für Forschungs- und Produktionsstandorte höhere Forschungsprämien bezahlt werden. Die **erhöhte Forschungsprämie** erhalten nur jene Unternehmen, die in Österreich nicht nur etwa an neuen Arzneimitteln forschen, sondern auch entsprechende Produktionsstandorte in Österreich errichten. Der **aktive Sozialstaat** muss in diesen Fragen als langfristiger **strategischer Investor** agieren. Diese erhöhte Forschungsprämie soll also auch mit einer **Standort- und Beschäftigungsgarantie** verbunden werden.

### » Kontrolle über die Daseinsvorsorge

Es gibt Bereiche, die wir nicht der Marktlogik überlassen wollen. Die **Daseinsvorsorge** muss unter **Kontrolle der öffentlichen Hand** bleiben. Dazu zählen insbesondere die Bereiche der Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen sowie der öffentliche Personenverkehr.

### » Aktiver Staat, starke Wirtschaft

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, wie wichtig das Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft für die Funktionsfähigkeit von Volkswirtschaften ist. Als Lehre daraus soll sichergestellt werden, dass die Republik an versorgungskritischer zentraler sozialer Infrastruktur die Kontrolle behält. Dies kann mit unterschiedlichen Instrumenten wie beispielsweise **Mehrheitsbeteiligungen, gesetzlichen Regulierungen** oder anderen tauglichen Maßnahmen erreicht werden. Weitere Privatisierungen in wichtigen

Bereichen sind strikt abzulehnen. Vielmehr gilt es Maßnahmen zu setzen, dort wieder mehr staatliche Kontrolle zu gewinnen, wo es zum **Nutzen der Vielen** – und zwar für Arbeitnehmer\*innen und Wirtschaft – ist.

## 3. Kurzfristig: Energiepreise deckeln, um Wirtschaft und Arbeitsplätze zu retten

Es ist kurzfristig dringend notwendig, regulatorisch in den nicht mehr funktionalen Energiemarkt einzugreifen. Um die **Gas- und Strompreise zu begrenzen**, braucht es eine **gemeinsame europäische Beschaffung** von Gas und eine **gestützte Weitergabe** an **Wirtschaft, Industrie** und **Haushalte**. So erhalten wir nicht nur die **Kaufkraft** der Menschen, sondern auch die **Wettbewerbsfähigkeit** unseres Industrie- und Wirtschaftsstandortes. Deutschland hat einen Gaspreisdeckel für Haushalte, Wirtschaft und Industrie beschlossen. Schon im Dezember startet diese Regelung in Form einer **Soforthilfe** für Haushalte und Wirtschaft. Dabei sparen sich alle Betroffenen eine ganze Monatsrechnung für Gas und Fernwärme. Ab Anfang nächsten Jahres – vermutlich Februar oder März – wirkt dann der deutsche Gaspreisdeckel. Unsere Betriebe wären bei Energiepreisen, die dann zwei- bis dreimal so hoch wären wie in Deutschland, nicht mehr konkurrenzfähig. Es ist daher dringend an der Zeit, für Österreich eine Regelung zumindest analog zum deutschen Modell rasch umzusetzen, da Österreichs Industrie aufgrund der hohen Verzahnung mit Deutschland andernfalls nicht mehr wettbewerbsfähig wäre.

## 4. Das Merit-Order-Prinzip sofort beenden

Zusätzlich zu dieser kurzfristigen Notfallmaßnahme muss das derzeitige Preisbildungssystem am Energiemarkt grundlegend geändert werden. Die Energiekrise mit den höchsten Inflationsraten seit mehr als 70 Jahren ist keine vorübergehende Störung von Märkten, sie zeigt einen Systemfehler auf, den wir rasch beheben müssen. Wir brauchen ein rasches Aus des derzeitigen Merit-Order-Prinzips. Die Art und Weise, wie der Strommarkt liberalisiert wurde, war ein schwerer Fehler. Es wurde nämlich völlig verabsäumt,

Vorsorge für Krisenzeiten zu treffen und in Fällen wie etwa einem Krieg eine pragmatische, krisenfeste Steuerung zu implementieren. Weder in der Schweiz noch in den USA werden Strompreise generell nach dem Merit-Order-Prinzip festgelegt. Genau dieser Umstand gibt diesen Ländern jetzt einen Wettbewerbsvorteil, auch zum Schaden der österreichischen Wirtschaft. Es ist heute – mehr denn je – Aufgabe einer umsichtigen Wirtschafts- und Industriepolitik, Haushalte und Wirtschaft mit leistbarer Energie zu versorgen, um die Kaufkraft zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Es ist unsere Aufgabe, den österreichischen Wirtschaftsstandort zu verteidigen und nicht aus ideologischen Gründen an Systemen der Vergangenheit festzuhalten, die nicht mehr funktionieren. Das ist eine Frage der ökonomischen Vernunft.

## 5. Der aktive Sozialstaat investiert in bestausgebildete Menschen

Wir werden den nötigen Wandel in der Wirtschaft nur schaffen, wenn wir **massiv** in die **Ausbildung**, in die **Weiterbildung** und in die **Umqualifizierung investieren** sowie das aufgrund fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten derzeit zum Teil brachliegende Arbeitskräftepotential insbesondere bei Frauen heben. Und zwar auf allen Ebenen, vom Kindergarten über die Schule und Lehrausbildung bis hin zu Fachhochschulen und Universitäten. Darunter fällt auch das Investieren in berufliche Veränderung, Weiterbildung und Umschulung.

### » Kindergarten, Schule, Hochschule

Die Bildungslaufbahn unserer Kinder beginnt im Kindergarten. Eine qualitativ hochwertige Elementarbildung bringt für alle einen großen Gewinn. Wir brauchen daher einen großflächigen **Ausbau der Kindergartenplätze** und einen **Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenfreie Kinderbildungseinrichtungen** ab dem ersten Lebensjahr. Der Ausbau der Kinderbetreuung verhindert, dass Frauen weiter in Teilzeit gedrängt werden.

Die Anforderungen an ein modernes Schulsystem haben sich heute grundlegend geändert. Wir brauchen eine Weiterentwicklung hin zu fächerübergreifendem,

interdisziplinärem und **vernetztem Lernen** inklusive Nutzung neuer Technologien. Dafür müssen wir Schule als umfassende Bildungsinstitution mit bestausgebildetem Lehrpersonal und Unterstützung durch weitere Berufsgruppen wie Schulpsycholog\*innen oder Sozialarbeiter\*innen verstehen. Sie soll ganztägig organisiert und auf die Stärken der Kinder und Jugendlichen ausgerichtet sein, individuelle Förderung anbieten und mit modernen pädagogischen Ansätzen arbeiten. Der frühen Trennung der Bildungswege bereits mit zehn Jahren, die verhindert, dass alle Potenziale unserer Kinder und Jugendlichen voll ausgeschöpft werden können, muss endlich ein Ende gesetzt werden. Ein modernes Kinderbildungs- und Schulsystem ermöglicht insbesondere allen Frauen, einer Vollzeitarbeit nachzugehen und wirkt somit auch gegen den Fachkräftemangel.

Eine wesentliche Rolle für eine dynamische Wirtschafts- und Industriepolitik spielen **Universitäten** und **Fachhochschulen**. Sie dienen als Labore für Forschung und neue Ideen und geben jungen Menschen das Rüstzeug für eine auf breitem Wissen basierende kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen. Um die Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen an diesem Wissenstransfer sicherzustellen, braucht es einen **freien und offenen Hochschulzugang** und bessere Unterstützung von Studierenden in Form von **Stipendien** und **Beihilfen**. Die Möglichkeit zu studieren darf nicht vom Einkommen der Eltern oder dem Herkunftsort abhängen.

Der rasche Wandel in der Arbeits- und Lebenswelt bedingt, dass alle Arbeitnehmer\*innen während ihres gesamten Lebens **Aus- und Weiterbildungsangebote** vorfinden müssen. Der Zugang zu **lebenslanger Weiterbildung** ist jedoch oftmals mit enormen Kosten verbunden. Der Anspruch einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie einer Politik, die Arbeit und Bildung als Schlüssel der Selbstbestimmung sieht, bedingt, dass lebenslanges Lernen für alle stärker mit Leben erfüllt werden muss. Möglich ist das z.B. durch die Einführung eines **Weiterbildungskontos**, über das frei verfügt werden kann, oder das **kostenfreie Nachholen** von **Schul- und Berufsabschlüssen**. Mehr Unterstützung braucht es auch bei Studienberechtigungsprüfungen und Berufsreifeprüfungen, wo in der Vorbereitung oftmals hohe Kosten anfallen können.

## » Lehrausbildung attraktivieren

Wir brauchen **mehr Ausbildungsplätze** für **zukünftige Facharbeiter\*innen**, eine klare **Aufwertung** und mehr Wertschätzung der **Lehre**. Dazu bedarf es eines Pakets zur Attraktivierung der Lehrausbildung, dazu gehören etwa mehr Durchlässigkeit zwischen Schule und Lehre (wechselseitige Anrechnung), bessere Bezahlung der Lehre, Sprachmonate im Ausland für Lehrlinge, mehr Weiterbildung für die Lehrausbilder\*innen, Kompetenzchecks während der Lehre zur Qualitätssicherung, weitere Verbesserungen beim Modell „Lehre mit Matura“, Digitalisierungsschub in Berufsschulen, leichter Zugang zum Studium nach einem Lehrabschluss, Kostenfreiheit der Meisterprüfung usw.

Eine Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft verlangt jedoch auch, dass die Wirtschaft ihre Verantwortung wahrnimmt und die **Attraktivität am Arbeitsplatz erhöht**. Ein Job, der schlecht bezahlt ist und auch nicht familienfreundlich ist, wird natürlich nicht gerne angenommen. Manche Unternehmen reagieren bereits und bieten ihren Mitarbeiter\*innen Arbeit etwa in Form einer **4-Tage-Woche** an – eine richtige Tendenz. Aber auch hier wäre ein aktiver Sozialstaat gefordert, der beispielsweise mit einer **Förderung** für Modelle wie einer freiwilligen 4-Tage-Woche – für alle, die das wollen – vorangeht, um auch **Arbeit gerechter zu verteilen**. Die wirtschaftliche Transformation wird ohne soziale Transformation gesellschaftspolitisch scheitern.

## » Fachkräftemangel durch Qualifizierung begegnen

Das Problem des Fachkräftemangels muss aktiv vom Staat angegangen werden. Bei rund 130.000 offenen Stellen und mehr als 300.000 Arbeitslosen kann es nicht darum gehen, möglichst billige Arbeitskräfte aus dem Ausland zu holen. Der Schlüssel für eine Lösung liegt in der beruflichen Weiterbildung bzw. Umschulung. Das bisherige System in Österreich hat Lücken, denn die bestehenden Instrumente werden den aktuellen Anforderungen einer dynamischen Wirtschaftslandschaft nicht mehr gerecht. Dazu kommt: Derzeit werden die Chancen unterschiedlich verteilt. Wer eine akademische Ausbildung nachholen möchte, hat mehr Möglichkeiten, eine Förderung zu erhalten. Im Gegensatz dazu verlieren Personen mit mittlerer und niedrigerer Qualifikation leichter den Anschluss. Auch eine andere Einschränkung gibt es:



Je älter jemand ist, desto weniger selbstgewählte Qualifizierungsmöglichkeiten stehen den betroffenen Personen offen. Deshalb braucht es rasch die Umsetzung der bereits seit mehreren Jahren ausgearbeiteten Vorschläge für ein „**Qualifizierungsgeld**“ bzw. eine „**zweite Ausbildungschance für alle**“. Jede\*r sollte deshalb nach einer gewissen Zeit im Beruf das Recht haben, sich eine neue Qualifizierung anzueignen oder bestehende Qualifizierungen zu erweitern – und während dieser Lernzeit die Existenz abgesichert bekommen. Dies könnte auch mit einem neuen Modell der Kurzarbeit für klimabedingte Umstrukturierungsmaßnahmen gelingen.

So lösen wir zwei Probleme gleichzeitig. Wir verringern die Arbeitslosigkeit, gehen Richtung Vollbeschäftigung und stellen sicher, dass für die großen Zukunftsaufgaben ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen.